

So authentisch und glaubwürdig wie möglich...

Hakan Tas, Kandidat der Reinickendorfer LINKEN zu den Bundestagswahlen 2013

Während der Ausbildung zum Kaufmann im Jahre 1983 begann sein politisches Engagement zunächst als Jugendvertreter, dann als Betriebsrat und Vorstandsmitglied der Gewerkschaft HBV. Hier kämpfte er für mehr Rechte von Migrantinnen und Migranten und um deren Teilhabe am politischen Alltag.

Vielfältiges politisches Engagement

Seit 25 Jahren ist er ehrenamtlich in unterschiedlichen Organisationen aktiv, z. B. als Vertreter von MigrantInnenorganisationen Mitglied im Berliner Landesbeirat für Integration und Migration und dort stellvertretender Vorsitzender.

Seit 2011 ist Hakan Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und dort Sprecher der Linksfraktion für Partizipation und Flüchtlinge, seit Frühjahr 2013 auch deren innenpolitischer Sprecher. Hakan Tas war auch Mitbegründer des Migrationsrates Berlin-Brandenburg, in dem knapp 80 Vereine und Verbände organisiert sind.

Rot-Rot-Grün als Option

„Ein Politiker muss versuchen, auf allen Ebenen Menschen und Regierungen zu überzeugen, dass sie, z. B. hinsichtlich des Klimawandels oder in Gerechtigkeitsfragen im eigenen Interesse etwas tun müssen. Man muss mit aller Kraft versuchen, so authentisch und glaubwürdig wie möglich zu sein und zu bleiben, das ist nicht immer einfach.“

Dieses Credo gilt. Als Oppositionspolitiker, wie derzeit in Berlin, sind die Möglichkeiten natürlich eingeschränkt. Regierungsbeteiligungen findet er nicht per se schlecht. Es ist notwendig, eine starke Linke (nicht nur) im Parlament zu haben. Über Rot-Rot-Grün als Option muss man reden, wenn man damit eine konservativ-liberale Regierung verhindern kann. Erfolge von Rot-Rot in Berlin kann man ja auch nachweisen. So wurden z. B. in Berlin das erste Integrations- und Partizipationsgesetz in Deutschland beschlossen und der Landesbeirat für Integration geschaffen.

Hakans Hauptthema ist naheliegend - die Integration von MigrantInnen, mehr noch, die Partizipation. „Ich kämpfe gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, für volle Gleichberechtigung, für gleiche Rechte, egal, welchen Ausweis jemand hat.“

Hakan möchte in den Bundestag

„Ich möchte dazu beitragen, dass etwas verändert wird, für alle Menschen in Deutschland, in Berlin, in Reinickendorf. Darum engagiere ich mich gerne in der Politik für Vielfalt und soziale Gerechtigkeit. Ich möchte meine vielfältigen Erfahrungen aus dem Berliner Abgeordnetenhaus in den Deutschen Bundestag einbringen.“

„Ein besonderes Anliegen ist mir die Bekämpfung des Rechtsradikalismus, der in Deutschland noch immer eine große Gefahr darstellt. Am Beispiel des Umgangs der Behörden und der Politik mit dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) wird vieles deutlich. 13 Jahre lang konnte der NSU, staatlich kontrolliert, sein Unwesen treiben.“

J. Schimrock

Anmerkung der Redaktion:

Natürlich wird Hakans Nachname mit einem Häkchen unter dem „s“ geschrieben.

Das Lay-Out-Programm ist aber nicht fähig, dieses darzustellen. Also, keine Absicht, kein Versehen - einfach nicht möglich, sorry!

www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm/

www.hakan-tas.de
Hakan Tas,
Fraktion Die Linke im Abgeordnetenhaus von Berlin,
Niederkirchnerstraße 5,
10111 Berlin
fon: 23 25 25 90
fax: 23 25215
tas@linksfraktion-berlin.de

Sie treffen **Hakan Tas** im Wahlkampf u. a. bei erweiterten **Infoständen** im Märkischen Zentrum am Brunnenplatz, je 2 Stunden:

am Samstag, 31. August 2013, 15:00 Uhr
am Freitag, 6. September 2013, 15:00 Uhr
am Samstag, 14. September 2013, 11:00 Uhr

und bei einer **Kundgebung** mit den Direktkandidaten der LINKEN aus den Westbezirken und **Gregor Gysi**

am Kaiser-Wilhelm-Platz in Tempelhof-Schöneberg (S-Bf. Julius-Leber-Brücke):

am Montag, 16. September 2013, 16:00 Uhr

Viele Termine zu Diskussionsveranstaltungen z. B. in Schulen mit Direktkandidaten mehrerer Parteien unter:

www.die-linke-reinickendorf.de/wahlen/bundestag_2013/hakan_tas/



Nicht auf Kosten der Flüchtlinge!

Alltag für Eltern: Das Kind hat Windpocken. Folge: Das Gesundheitsamt postiert Polizei vor der Tür. Wegen Gefährdung der Öffentlichkeit darf die Wohnung nicht verlassen werden.

Absurd, denken Sie, und wo leben wir denn? So geschehen in Reinickendorf, vor der Flüchtlingsunterkunft im Marie-Schlei-Haus, Mitte Juni 2013. Die Fakten: Acht Kinder hatten Windpocken. Das Gesundheitsamt stellte die gesamte Einrichtung unter Quarantäne und verlangte von dem Betreiber, diese „Absonderungsmaßnahme“ (juristischer Begriff) gegenüber den Bewohnern durchzusetzen.

Polizei gegen Windpocken

Foto:
Klaus Gloede



Mitglieder Reinickendorfer LINKEN auf der Anti-NPD-Demo am 13. Juli 2013

Als die AWO sich gegen diese „Freiheitsberaubung“ wehrte, wurden Polizisten zur Kontrolle vor die Eingänge gestellt. Das Berliner Verwaltungsgericht gab der AWO am 17. Juni Recht: Das Infektionsschutzgesetz bietet dafür keine Grundlage. Dennoch hielt das Bezirksamt die Maßnahme drei weitere Tage aufrecht. Windpocken sind ansteckend. Grund für Panik indes besteht nicht. Weder die Amtsärzte anderer Bezirke, noch die Senatsverwaltung oder das Landesamt für Gesundheit und Soziales - sie hatten sich zuvor gerade verständigt - empfehlen eine Quarantäne.

Also, nur eine Überreaktion der Reinickendorfer Politik?

Sozialstadtrat Andreas Höhne (SPD) wird zitiert: „Das Gesundheitsamt trägt die Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung.“ Das ist richtig - erklärt aber nicht alles. Wir finden: Unser Bezirksamt lässt sich erpressen. Anwohner in der Umgebung des Marie-Schlei-Hauses haben in Flugblättern die Horrorvision verbreitet, die Flüchtlinge könnten „munter alle Leute anstecken“, mit Anzeigen wegen Körperverletzung gedroht.

Netzwerk unterstützt Flüchtlinge

Im Grunde suggerieren CDU und SPD den Bürgern, dass die „Fremden“ nur zeitweilig zu dulddende Nachbarn sind. Wir sind im Wahljahr, und Wählerstimmen werden gebraucht. Offenbar versuchen CDU und SPD, aus dem Rechtspopulismus Kapital zu schlagen. Auf Kosten der Flüchtlinge?

Wir meinen, Hakan Tas, Wahlkreis kandidat der Reinickendorfer LINKEN, hat Recht: Unser Bezirksamt hat hier jegliche Sensibilität gegenüber traumatisierten, Schutz suchenden Flüchtlingen vermissen lassen. Gut, dass es auch ein anderes Reinickendorf gibt. Das Netzwerk zur Unterstützung der Flüchtlinge hat zu arbeiten begonnen, DIE LINKE ist dabei.

Dr. Klaus Gloede,
Stellv. Bezirksvorsitzender
Beate Orth,
Mitglied des Bezirksvorstandes

„Nicht die Flüchtlinge, die zu uns dringen, sind unsere Feinde, sondern die, die sie in die Flucht treiben.“

Stefan Heim am 10. November 1994 in seiner Rede als Alterspräsident zur Eröffnung des 13. Deutschen Bundestages

Einwohnerfrage: Bürgerbeteiligung nur Alibi?

Dennis Wendländer, Mitglied der Reinickendorfer LINKEN, fragte das Bezirksamt und die Fraktionen:

„Ich habe im BEA Schule, BSB, Schulausschuss die Diskussionen um die Lösung der Schulraumnotsituation im Bezirk erlebt. Dabei irritiert mich etwas sehr. Wenn künftig von Bürger Nähe und Transparenz die Rede ist, bedeutet das, dass die Bürgerinnen / Bürger zwar mitreden, sogar Vorschläge machen dürfen, am Ende aber werden ihnen unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffene Entscheidungen präsentiert - und die Vorschläge

der Bürger sind alle „für die Katz“? Meinen Sie, dass Ihr Vorgehen die Bürgerinnen / Bürger ermuntert, sich in ähnlichen Fällen erneut zu engagieren?

Schulstadträtin Schultze-Berndt (CDU) und die **Sprecher von CDU (Muschner), SPD (Collé) und B90/Grüne (Rietz)** lobten sich für den „offenen“, „breiten“, intensiven“, „in hohem Maße von Transparenz und Bürgernähe“ getragenen Diskussionsprozess. Am Ende müssten die gewählten Bezirksverordneten „in ihren eigenen Gremien“ die politischen Entscheidungen treffen. Im Gegensatz dazu bestätigte **Benjamin Adamski (Piraten)** den Mangel an Transparenz.

BBV-Splitter

19. Sitzung, 8.5.2013

BBV-Vorsteher Dr. Lühmann begrüßt Hakan Tas (MdA). Mitglieder der LINKEN stellen Einwohnerfragen (EF) zur latenten Ausländerfeindlichkeit im Umfeld des Marie-Schlei-Hauses und zur Möglichkeit von Entschädigungszahlungen für lärmgestresste TXL-Anwohner.

B90/Grüne, SPD und Piraten wenden sich gegen die Blockadepolitik des Bezirksamtes bzgl. der **Unterbringung von Flüchtlingen**. Als „in Form und Inhalt unangemessen“ kritisiert die BBV den Brief von Stadtrat Lambert (CDU) an die Anwohner des KBoN-Geländes.

Auf Antrag der Piraten beschließt die BBV, erstmals einen **Bürgerhaushalt in Reinickendorf** einzuführen (Drs.-Nr.:0094/XIX-01). Frühere Initiativen der LINKEN und der Grünen waren von der CDU blockiert worden.

Bezirksstadtrat Lambert hat inzwischen Kiezfonds von jeweils 25 000 Euro für lokale soziale Projekte für den Kiez um die Auguste-Viktoria-Allee und in Konradshöhe/Tegelort eingerichtet. Vereine, Anwohner können bis 15.8.2013 Vorschläge einreichen.

20. Sitzung, 12.6.2013

BA und Fraktionen beantworten zehn EF. Bei der Mehrzahl geht es um die **Schulraumnot im Märkischen Viertel und Reinickendorf-Ost** (s. Beitrag „Bürgerbeteiligung nur Alibi?“).

Eine GA aller Fraktionen zum gleichen Thema gibt Schulstadträtin Schultze-Berndt (CDU) Gelegenheit, einen mit dem BA ausgehandelten Kompromiss (Details s. Drs.-Nr.:0455/XIX) zu rechtfertigen.

Das BA legt den ersten Bericht über **Rechtsextremismus** in Reinickendorf vor (Drs.-Nr.:0086/XIX). Darin heißt es, das BA werde sich „rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Tendenzen immer vehement entgegenstellen“. Erwähnt wird die „rechtsextremistisch motivierte Sachbeschädigung“ gegen den „Roten Laden“ im Oktober 2012. In Abstimmung mit dem Integrationsausschuss kündigt das BA die Vorlage eines **Integrationskonzeptes** für den Bezirk für „vermutlich im Herbst 2013“ an.

Die BBV verändert § 49 (1) ihrer Geschäftsordnung. Die Einwohnerfragestunde wird auf 60 Minuten verlängert.

F.W.

Mehr Information zur Politik in Reinickendorf, der Arbeit der BBV und der LINKEN Reinickendorf unter:
www.die-linke-reinickendorf.de/kommunales

Heimat ist, wo man sich wohl fühlt und Freunde hat

Hakan Tas: Ein Portrait des Menschen

Verabredet man sich mit dem Wahlkreiskandidaten der Reinickendorfer LINKEN, der türkische Wurzeln hat, trifft man sich natürlich in einem türkischen Café. Das „La Femme“ an der Residenzstraße liegt in dem Kiez Reinickendorfs, den Hakan Tas als Teil dessen versteht, was er als Heimat definiert und empfindet. Man kennt ihn hier, er wird herzlich begrüßt.

1966 in Kemah, einer Kleinstadt am Euphrat in Ost-Anatolien geboren, zog er im Alter von zwei Jahren mit der Mutter und einer älteren sowie zwei jüngeren Zwillingschwestern nach Istanbul. Der Vater war zu diesem Zeitpunkt schon in Deutschland. 1980, mit vierzehn, wurde er zum Vater nach München geschickt. Wegen Wohnungsproblemen erfolgt dann der schnelle Umzug nach Berlin.

Berge kommen nicht zusammen, aber Menschen.
(türkisches Sprichwort)

Für den jugendlichen Türken war Deutschland damals noch ein fremdes Land. „Ich habe mich als Exot gefühlt, irgendwo hingestellt, fühlte mich als Ausländer ausgegrenzt“, und das in mehrfacher Weise. Als Kurde, als Alewit, also Mitglied einer undogmatischen islamischen Glaubensrichtung, und Schwuler kannte er Diskriminierung schon aus der Türkei.

Sein Rezept war die „Flucht nach vorn“, das praktische Tun dessen, was er fühlte und für richtig hielt.

Hakan machte aus seine sexuellen Orientierung nie ein Hehl. Als „erster türkischer Homosexueller, der einen Mann heiraten will“, machte er 1992 Schlagzeilen, auch in der Türkei. 2003 unterstützte er den ersten Bundeskongress türkischstämmiger Homosexueller. organisierte verschiedene Vereine zur Unterstützung. Im gleichen Jahr wurde er beim ersten Christopher Street Day (CSD) in Istanbul festgenommen und als türkischer Staatsbürger aus der Türkei abgeschoben. In Deutschland sieht Hakan Tas durchaus rechtliche Fortschritte bei der Gleichberechtigung von Homosexuellen. „Das Thema ist aber noch nicht durch“. Auch aus die-

sem Grund ist seine Teilnahme am CSD für ihn selbstverständlich - dort geht es um beides, Politik und Feiern.

Ob Ali Hoca oder Hoca Ali, bleibt sich gleich...
(türkisches Sprichwort)

Hakan hat noch vielschichtige Verbindungen in die Türkei, auch dort mischt er sich ein, engagiert sich. Er ist „nicht unbedingt ein Fan von Atatürk. Seine Versprechen gegenüber den Kurden und den Alewiten hat er leider nicht eingehalten“. Aber die ersten Schritte hin zu einem modernen türkischen Staat hat der „Vater der Türken“ eingeleitet, z. B. die Einführung der Schulpflicht. Seine Minderheitenpolitik war dagegen eher schlecht.

Die Ereignisse am Gezipark und Taksimplatz hat Hakan zeitweilig miterlebt. Erdogan hat viel Vertrauen verloren. Viele Menschen hatten ihm Glauben geschenkt im doppelten Sinn, haben aber inzwischen gesehen, dass sie zu viel aufgeben müssen. Als Stichworte seien nur das Verbot freizügiger Kleidung, das Alkohol- und Kussverbot, das Gebot für Frauen, drei Kinder zu gebären, genannt. Man muss die Demonstranten unterstützen, sich mit ihnen solidarisieren! Erdogan mischt sich zu sehr in die Privatsphäre der Menschen ein. Er hat nicht gelernt, will Stärke zeigen, aus seiner Sicht keine „Rückschritte“ machen, sieht sich als Übervater der Nation. Aber das gibt es natürlich auch in anderen Ländern.

Heimat ist Berlin - und Istanbul...

Von Zeit zu Zeit lebt Hakan Tas in Istanbul - wie in Berlin ist dort für ihn auch Heimat. Heimat ist für Hakan, wo man sich wohl fühlt und Freunde hat, wohin man Heimweh hat. Und das hat er in beide Richtungen.

Wenn einer isst und der andere zuschaut geht die Welt zugrunde.
(türkisches Sprichwort)

Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind für Hakan nicht nur Stichworte, die sich in Wahlkämpfen gut machen. Sie spielen in seinem Leben eine bestimmende Rolle, bilden ein

Wertemuster. Das gilt auch für die Betrachtung der DDR: „Die Menschen müssen frei sein - Sozialismus bedeutet für mich Freiheit.“

Hakan ist sehr gern in Reinickendorf, für ihn ein wunderschöner Bezirk, in dem immer wieder neue Ecken zu entdecken sind. Eindeutig ist, „Tegele muss geschlossen werden, die Entscheidung ist getroffen worden und muss umgesetzt werden.“ Sowohl aus rechtlicher, als auch aus politischer Perspektive darf diese im Interesse der Anwohner nicht rückgängig gemacht werden.

Die Ereignisse rund um die Umnutzung des Marie-Schlei-Hauses haben Hakan aufgeregt, besonders die Verhängung der Quarantäne durch das Bezirksamt. „Schließlich waren ja nicht alle infiziert und konnten auch nicht andere anstecken. Das war eine politische Fehlentscheidung, die dann auch noch mit Hilfe der Polizei durchgesetzt wurde. Ein Skandal, geht es doch auch um bereits traumatisierte Menschen, die unsere Hilfe und nicht Zwangsmaßnahmen benötigen“. Ein sensibles Herangehen an das Problem hätte anders ausgesehen.

Eine Stunde Gerechtigkeit ist mehr als sieben Jahre Gebet.
(türkisches Sprichwort)

„Gesundheitsprobleme müssen mit Hilfe von medizinischen und nicht polizeilichen Maßnahmen bekämpft werden. Insofern finde ich die Entscheidung des Gerichts vollkommen richtig, das diese wieder aufgehoben hat.“
Jürgen Schimrock

Fotos:
Hakan Tas in Istanbul und zusammen mit Gregor Gysi



20 Jahre Beirat für Frauen- und Mädchenangelegenheiten im Bezirksamt Reinickendorf

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, das steht in Art. 3 S. 2 des Grundgesetzes. Dennoch gehören Frauen auch heute noch, insbesondere im Arbeitsleben, zu den Benachteiligten der Gesellschaft. Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit waren im Juni 5 991 weibliche Arbeitssuchende in Reinickendorf gemeldet. Politisch sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Überwiegend sind sie von Gewalt bedroht. In den Flüchtlingsunterkünften Reinickendorfs sind viele Frauen mit kleinen Kindern untergebracht. Im Marie-Schlei-Haus, das besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen eine Bleibe bieten soll, bilden sie die Mehrheit.

Die grundgesetzliche Garantie des Art. 3 in der gesellschaftlichen Wirklichkeit durchzusetzen, ist Ziel und Aufgabe des Beirats für Frauen- und Mädchenangelegenheiten im Bezirksamt Reinickendorf, der im September sein 20-jähriges Bestehen feiert.

Viele Themen und Aufgaben

Er ist ein unabhängiges und überparteiliches Gremium, das die Interessen und Belange der Mädchen und Frauen im Bezirk vertritt und fördert. Er ist der der Abteilung Jugend, Familie und Soziales zugeordnet. Zu seinen Themen gehören die Gesundheitssituation in Reinickendorf, das Schicksal von Migrantinnen, Wohnraumknappheit, häusliche Gewalt, Lohnungleichheit und Altersarmut.

Zu den Themen Lohngleichheit, dem Equal Pay Day und Gewalt finden gemeinsame Veranstaltungen mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Brigitte Kowas und dem

Beirat statt. 2012 gab es die Veranstaltung „Was tun bei häuslicher Gewalt“ zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen.

Außerdem gibt es eine enge Zusammenarbeit hinsichtlich der Kooperation mit der Polizei, der Beratungsstelle BIG HOTLINE, dem BUNDESWEITEN HILFSTELEFON, Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen.

Schwerpunkt Gleichstellung

Ein besonderer Schwerpunkt für die Arbeit des Beirats ist die Gleichstellung der Frauen im Arbeitsleben und die Verhinderung von Altersarmut. Frauen unterbrechen eher und länger ihre Erwerbstätigkeit, arbeiten oft weniger Stunden als Männer. Die Folgen stellt Brigitte Kowas in ihrem Tätigkeitsbericht 2012 dar.

Die Presseerklärung des Frauen- und Mädchenbeirates vom 15. Mai enthält den Aufruf an Politik und Gesellschaft, veränderte Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Männer und Frauen gleichermaßen für ihren Lebensunterhalt und ihre soziale Versorgung im Alter sorgen können. Gefordert wird u.a. die gleiche Anerkennung beruflicher Qualifikation, eine veränderte Infrastruktur hinsichtlich von Kitaplätzen, schulischer Versorgung und Pflege, flexible Arbeitszeiten und die rentenrechtliche Anrechnung von Familienarbeit.

Die Linke Reinickendorf schließt sich dem Aufruf an: „Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe und geht uns alle an“. Wir gratulieren zum bevorstehenden Jubiläum und freuen uns auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

Beate Orth

Am Rande Das Flugwesen entwickelt sich

Je länger BER auf sich warten lässt, umso beliebter wird offenbar TXL, wundert sich die „Morgenpost“. Passagierrekord im ersten Halbjahr 2013 – mehr als 9,2 Millionen Fluggäste. Auch Lärmrekord? I wo, meint die Betreibergesellschaft, nur 1,7 Prozent mehr an Flugbewegungen. Alles nur eingebildet?

Wer trägt die Schuld an dem Chaos? Frank Steffel weiß die Antwort: Rot-Rot hätte aus „ideologischen Gründen“ die Schließung Tempelhofs und Tegels verfügt und begonnen, einen Feldflughafen – wo? – im Brandenburgischen auszubauen. Kleine Nachfrage: Als das entschieden wurde, gab's da nicht einen Regierenden Bürgermeister von der CDU?

Tegel war „das Tor zur Welt“ und Reinickendorf der geografische Mittelpunkt. Jahrelang sträubten Steffel & Co. sich gegen die Schließung von TXL. Und dabei waren ihnen die Belastungen für die Anwohner in der Einflugschneise so was von egal. Das soll nun vorbei sein? Mit Wehmut gedenkt man bei der „Reinickendorf-Partei“ dieser schönen alten Zeiten.

Mehdorn kam und machte neue Hoffnungen. Die „Junge Union“ frohlockte. Ihr einstiger Sprecher, heute stellv. Fraktionsvorsitzender („unser Lorenz“) stellt die shopping bag „I love TXL“ auf seine Facebook-Seite.

Die Reinickendorfer CDU und ihr Wahlkreiskandidat haben viele Gesichter. Vor der Wahl sorgt man sich um seine Wähler, beklagt den Lärm. Die Idee, eine eigene S-Bahn-Linie von Waidmannslust zum BER zu kreieren, scheitert am unwilligen Senat.

Es nützt nichts. TXL macht zu. Ohne Wenn und Aber. Irgendwann.

Übrigens: Das Bürgerbegehren „Tegel bleibt offen“ scheiterte mit 5 949 Unterschriften.

Reineke Fuchs

Termine

Am Mittwoch, 28. August 2013 um 18:30 Uhr: Offene Mitgliederversammlung der LINKEN Reinickendorf.

Thema: **Bezahlbares Wohnen für alle!** Ort: Regionalgeschäftsstelle Nord, Fennstraße 2 in 13347 Berlin

Foto:
Evelyn König



Brigitte Kowas,
Frauen- und
Gleichstellungs-
beauftragte im
Bezirksamt und
Agnes Steyer-
Fontana,
1. Vorsitzende des
Beirats für Frauen-
und Mädchen-
angelegenheiten

Impressum
Herausgeber:
Landesvorstand
Berlin der Partei
DIE LINKE,
V.i.S.d.P.:
Felix Lederle

Wir in
Reinickendorf
wird vom
Bezirksverband
finanziert.

Spenden
sind ausdrücklich
erwünscht:
DIE LINKE,
Reinickendorf,
Berliner Bank,
BLZ: 100 708 48,
Kontonummer:
525 6078 00.

Hier finden Sie uns:



Regionalgeschäfts- stelle Berlin Nord

Fennstraße 2, 13347 Berlin

Öffnungszeiten:

Montag	09:30 Uhr - 17:00 Uhr
Dienstag	09:30 Uhr - 17:00 Uhr
Mittwoch	14:00 Uhr - 18:00 Uhr
Donnerstag	09:30 Uhr - 17:00 Uhr
Freitag	09:30 Uhr - 12:00 Uhr

Tel.: 4401 7782

Fax: 4401 7781

E-mail:

redaktion@die-linke-reinickendorf.de